

# Wohin gehen Polen und Rumänien? Russland braucht ein freies Osteuropa

24 Mai 2025 19:13 Uhr

Osteuropa bekommt sein eigenes Gesicht. Es könnte durchaus hässlich werden. Das Wichtigste für Russland ist jedoch, inwieweit Polen und Rumänien unter der Kontrolle unserer Hauptgegner in Großbritannien, Deutschland und Frankreich stehen werden. Bislang sieht der Ausgang der gesamten Angelegenheit ungewiss aus.



© Getty Images / Golden\_Brown  
Symbolbild

*Von Timofei Bordatschow*

Polen und Rumänien haben zusammen 56 Millionen Einwohner – fast ein Drittel mehr als die Bürger (37 Millionen) aller anderen mittel- und osteuropäischen Länder zusammen, die nach dem Kalten Krieg EU und NATO beigetreten sind. Dieses Verhältnis bedeutet, dass die politische Entwicklung dieser beiden Länder sowohl am repräsentativsten als auch am wichtigsten für die Situation im gesamten westlichen Grenzgebiet Russlands ist.

In der internationalen Politik ist das Mobilisierungspotenzial eines Staates, auch im Zeitalter der Drohnen, der wichtigste Indikator für den Wert, den er darstellt. Deshalb sind gerade Polen und Rumänien für die Planung unserer Beziehungen zu Europa und seiner Ostflanke von Bedeutung. Die Entwicklung dieser Länder zeigt gleichzeitig, wohin sich Osteuropa entwickelt und welche Sorgen dies für die russische Außenpolitik in Zukunft bereiten kann. Bislang sieht es weniger dramatisch aus, als man aufgrund der publizistischen Einschätzungen erwarten könnte. Dennoch wird sich der dort stattfindende Kampf im großen Stil entfalten.

Die vorläufigen Ergebnisse der Wahlen in beiden Ländern waren keine Sensation. Nicht einmal im Falle Rumäniens, wo der Kandidat der Systemgegner am ehesten zu gewinnen schien. Dort ist die Gesellschaft gespalten, die Nationalisten verloren, haben aber gute Chancen, ihre Position zu festigen. In Polen erhielten die nationalistischen Spitzenkandidaten mehr Stimmen als der Vertreter der "proeuropäischen" Partei Bürgerplattform: Es steht ein zweiter Wahlgang an, dessen Ergebnis spannend bleibt.

Es sieht so aus, als ob die politischen Systeme der großen osteuropäischen Länder in die Brüche gehen und alle Pläne, die ihre allmähliche Verdauung durch die Europäische Union hätten sicherstellen können, in sich zusammenfallen. Man könnte diese Wahlen sogar als das Ende der sogenannten postkommunistischen Entwicklungsphase unserer ehemaligen Verbündeten des Warschauer Blocks betrachten – sie sind in eine viel unberechenbarere Phase ihrer Geschichte eingetreten.

Ist das für Russland günstig oder gefährlich? Die Antwort hängt davon ab, wie sich die Geschehnisse auf die Beziehungen Polens und Rumäniens zu den wichtigsten Ländern Westeuropas – und auch auf Brüssel, das unter ihrer Kontrolle steht – auswirken werden.

Nach dem Sturz der kommunistischen Regierungen in den späten 1980er-Jahren gingen alle Länder Mittel- und Osteuropas einen weitgehend gleichartigen Weg. Die ehemaligen Eliten wurden überall entmachtet, und nur einige ihrer Vertreter konnten sich in den neuen Regierungen etablieren.

In all den Bereichen, die der Westen Russland nach 1991 entreißen konnte, wurden Führungspositionen von Personen mit eher durchschnittlichen Fähigkeiten und gemäßigten Ansichten besetzt, deren wichtigste Voraussetzung ein hohes Maß an Russophobie war. Allerdings nicht im Sinne des Nationalismus, denn dieses politische Credo wurde als Bedrohung für die Autoritäten der EU und ihrer führenden Staaten angesehen. Die Russophobie in den Ländern, die direkt an Russland grenzen, ist eine Sache, mit der Westeuropa leicht fertig wird. Damals unterstützten die US-Amerikaner all dies und delegierten teilweise sogar die Steuerung der Osteuropäer an Paris und Berlin.

Die Hauptaufgabe der neuen Regime bestand darin, ihre Völker ohne größere Komplikationen zur Mitgliedschaft in der NATO und der Europäischen Union zu führen— und dann zur Teilnahme an der Eurozone, die eine starre Bindung ihrer Volkswirtschaften an die deutsche Wirtschaft garantierte. Es gab Ausnahmen von dieser Regel: Polen hatte bei den US-Amerikanern immer eine Sonderstellung und durfte daher kein wirtschaftliches Anhängsel Deutschlands werden.

Ungarn zeigte schnell sein Temperament – im Jahr 2010 kam dort eine konservative Bewegung unter der Führung von Viktor Orbán an die Macht. Wenig später kamen in der Slowakei systemfremde Kräfte an die Macht. Das Land nimmt jedoch bereits an der europäischen Einheitswährung teil und verfügt daher nicht einmal über begrenzte wirtschaftliche Souveränität. Die Balkanländer – Rumänien und Bulgarien – folgten jahrelang stillschweigend den "Führern" (aus Brüssel) und wurden erst letztes Jahr vollwertige Teilnehmer an der internen Freizügigkeit der EU. Gerade rechtzeitig, bevor die gesamte Struktur unter der Last jahrelanger ungelöster Probleme zu bröckeln begann.

Diese Probleme hängen, wie wir wissen, mit der Unfähigkeit der Machthaber der großen westeuropäischen Länder zusammen, ein Bild der Zukunft der Europäischen Union zu entwerfen, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Das bedeutet, dass es für sie in erster Linie darum geht, ihre Position als Hauptnutznießer all dessen, was in den östlichen und südlichen Randgebieten geschieht, zu erhalten. In diesem Fall erfordert selbst die Aufrechterhaltung des derzeitigen Einkommensniveaus von Frankreich

oder Deutschland eine zunehmende Verarmung der übrigen großen und kleinen Länder Europas. Dies gilt umso mehr, als dies auch den politischen Zielen entspricht.

Der Hauptgrund, warum die Machthaber Deutschlands, Frankreichs oder Großbritanniens zögern, in einen direkten Konflikt mit Russland einzutreten, sind ihre eigenen Bürger, die nicht die Absicht haben, auf dem Schlachtfeld zu sterben. Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist der Westen weit entfernt von dem Ausmaß an Armut und Verzweiflung, das das Aufkommen von Militarismus und Faschismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begleitete. Die Möglichkeiten, die Ukraine auszunutzen, sind nicht grenzenlos, und das Ende des Dramas ist bereits in Sicht. Das bedeutet, dass die Fortsetzung der Politik der Konfrontation mit Moskau Berlin, Paris oder London dazu zwingt, andere menschliche Ressourcen zu mobilisieren.

Eine Integration innerhalb der Europäischen Union könnte hierfür einige Möglichkeiten schaffen. In den letzten Jahrzehnten ist die Europäische Union zu einer Maschine geworden, die Ressourcen aus den ärmeren Ländern der Peripherie ins Zentrum abzieht – zum Nutzen Deutschlands, Frankreichs und einer kleinen Gruppe ihrer engsten Satelliten wie den Niederlanden, Belgien oder Österreich.

In einem solchen Szenario wären selbst relativ große Staaten wie Spanien, Italien oder auch Polen und Rumänien dazu verdammt gewesen, allmählich zu Lieferanten von Arbeitskräften und Konsumenten von Waren zu werden, die von den Deutschen und Franzosen produziert werden. Das Ergebnis wäre ihre allmähliche Verarmung und Verwandlung in eine Art unselige Ukraine oder Moldawien. Und das würde bedeuten, dass dort große Bevölkerungsmassen entstünden, die nichts mehr zu verlieren hätten – und die sich relativ leicht als "Kanonenfutter" in einem endlosen Kampf gegen Russland einsetzen lassen würden.

Deshalb ist es für uns nur günstig, wenn Polen und Rumänien sich stetig entwickeln und sogar noch reicher werden. Das Szenario ihres Niedergangs kommt nur denen entgegen, die die privilegierte Existenz einer kleinen Gruppe von Staaten und ihrer Eliten so lange wie möglich aufrechterhalten wollen. Diese Gruppe wird in Europa von zwei Ländern angeführt – Frankreich und Großbritannien, die seit Jahrhunderten Russlands Hauptgegner sind. Ihnen folgt Deutschland, das zwar wirtschaftlich profitiert, aber nicht in der Lage ist, eigenständige außenpolitische Ränke zu schmieden.

Die französischen Behörden sind sogar in der Lage, sich aktiv in den Wahlprozess in Rumänien einzumischen und zu verlangen, dass Internetplattformen die Möglichkeiten der Opposition einschränken. Gleichzeitig wird die französisch-britische Einigkeit durch den Austritt Londons aus der Europäischen Union in keiner Weise beeinträchtigt: In der wichtigsten Frage der europäischen Außenpolitik – der Einschränkung russischer Interessen, wo immer dies möglich ist – herrscht völlige Einigkeit zwischen ihnen. Deshalb drängt Paris auch auf neue Formen der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Großbritannien im militärisch-politischen Bereich.

Das Haupthindernis für die Umsetzung solcher Pläne sind die revolutionären Prozesse im Zentrum der westlichen Welt: den Vereinigten Staaten. Diese Prozesse führen unweigerlich zum Ungehorsam der kleinen und mittleren Staaten gegenüber ihren "Führern" aus Westeuropa. Es ist nicht zu erwarten, dass die Regierenden Polens und Rumäniens eine russlandfreundliche Politik betreiben werden – dazu haben sie keinen Anlass. Allerdings bekommt Osteuropa heute sein eigenes Gesicht. Es könnte durchaus hässlich werden, aber das ist für Russland nicht die Hauptsache. An erster Stelle steht die Frage, inwieweit Polen und Rumänien unter der Kontrolle unserer Hauptgegner in Großbritannien, Deutschland und Frankreich stehen werden. Eine Verringerung dieser Kontrolle wird es ihnen ermöglichen, sich

wirtschaftlich zu entwickeln und sogar verhältnismäßig zu florieren, während eine Erhöhung der Kontrolle sie zu "Kanonenfutter" machen wird.

Bislang sind die Ergebnisse des Widerstandes ungewiss, aber es gibt Grund zum Optimismus.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 19. Mai 2025 zuerst auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

**Timofei Bordatschow** ist ein russischer Politikwissenschaftler und Experte für internationale Beziehungen, Direktor des Zentrums für komplexe europäische und internationale Studien an der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik der Wirtschaftshochschule Moskau. Unter anderem ist er Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs Waldai.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.